

Gesammelte Kommentare 2025

Dr. H. Wolff ¹

Hinweise: Zum Suchen eines bestimmten Themas steht das Stichwortverzeichnis am Ende des Dokuments zu Verfügung.

Nachträgliche Ergänzungen sind als Nachträge direkt im Anschluss an die betreffenden Kommentare eingefügt und die neuesten sind mit einer Randmarkierung versehen.

Das Inhaltsverzeichnis kann im PDF-Sidebar angezeigt werden.



Kommentar vom 06.01.2025:

Personalabbau und Fachkräftemangel

Der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, geht es nicht gut. Viele Unternehmen bauen Personal in Deutschland ab, z.B. in der Automobil- und Zulieferindustrie im großen Stil mit Werkschließungen und Massenentlassungen. Gleichzeitig herrscht in Deutschland Fachkräftemangel. Industriearbeiter sollten deshalb nach einer Umschulung relativ leicht einen neuen Arbeitsplatz finden. Hierdurch sollte der Fachkräftemangel in Industrie und Handwerk deutlich abnehmen.

Anders sieht es im Dienstleistungssektor aus. Wahrscheinlich eignen sich nicht viele Fließbandarbeiter aus der Automobilindustrie als Kindergärtner oder Altenpfleger. Hierfür sollte der Staat Personal in den Bereichen Bürokratie und Regulierung sowie speziell Gender, Diversität und Gleichstellung abbauen und NGOs in den letztgenannten Bereichen nicht mehr unterstützen. So können zum einen die öffentlichen Haushalte entlastet und zum anderen Personal freigesetzt werden, das nach entsprechender Qualifizierung im Dienstleistungssektor eingesetzt werden kann. Viele Unternehmen machen dies bereits vor und lösen ihre DEI-Teams (Diversity, Equity, Inclusion = Diversität, Gleichstellung, Inklusion) auf.²

Darüber hinaus müssen die Sozialleistungen einerseits und die Einkommensteuern andererseits so reduziert werden, dass sich Arbeit wieder lohnt (Stichwort: Lohnabstandsgebot).

¹ Zuerst veröffentlicht auf meiner Homepage <https://hwolff.de/> als wöchentliche Kommentare.

² Siehe auch den Artikel ‚Die Kultur der Wokeness neigt sich dem Ende zu – jetzt zeigt sich der Schaden‘ aus der [NZZ vom 11.12.2024](#).

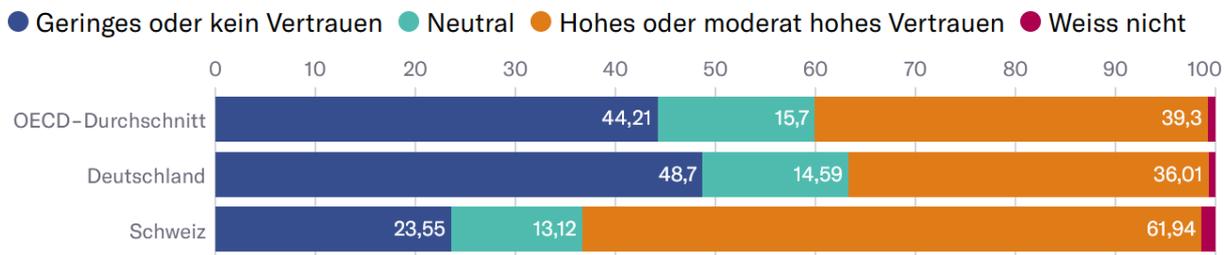
Setzt man diese Maßnahmen um, sollte der Arbeits- und Fachkräftemangel in allen Bereichen deutlich abgemildert werden können. Damit würde auch der Bedarf für Arbeits- und Fachkräfte aus kulturfremden Ländern außerhalb Europas drastisch sinken. Das Narrativ der links-grün-woken Ideologen, dass Deutschland ohne eine große Zahl solcher kulturfremder Arbeitskräfte nicht auskommen würde, lässt sich deshalb nicht länger halten.³

Kommentar vom 13.01.2025:

Fachkräftemangel in der Politik

Wenn man sich ansieht, welche Politiker am 23. Februar zur Wahl stehen, kann man verzweifeln. Auf der einen Seite sind da die gescheiterten Ampel-Politiker mit den Kanzlerkandidaten Scholz und Habeck sowie einer Phalanx von gescheiterten Ministern, Pistorius vielleicht ausgenommen. Scholz war schon als Bürgermeister in Hamburg überfordert (Stichwort: Cum-Ex), ist als Bundeskanzler aber völlig ungeeignet. Seine Führungsschwäche und Zögerlichkeit sind legendär, noch mehr aber seine lächerliche Selbstüberschätzung. Habeck fehlte das notwendige Fachwissen als Wirtschaftsminister (Stichwort: Insolvenz), und mit seiner Kanzlerkandidatur macht auch er sich lächerlich. Die Ampel-Parteien inkl. FDP haben das Vertrauen der Bevölkerung verloren, wie die folgende Grafik zeigt:⁴

Die Deutschen misstrauen ihrer Regierung



Quelle: OECD

NZZ / JCB.

Auf der anderen Seite steht die CDU mit Friedrich Merz, der seinen konservativen Kurs nicht einmal gegen die „Merkelianer“ in seiner eigenen Partei durchsetzen konnte, und der in Zukunft wohl mit SPD und/oder Grünen regieren muss, die in ihrer ideologischen Borniertheit weiter machen wollen wie bisher. Eine echte Kehrtwende in der Politik, weg vom rot-grünen Dirigismus, ist so nicht zu erwarten.⁵

³ Man muss dabei auch berücksichtigen, dass kulturfremde Einwanderer, insbesondere aus islamischen Ländern, ein nicht zu vernachlässigendes Sicherheitsrisiko darstellen, siehe den Kommentar ‚Terrorattacken von Muslimen: Sie wollen die Freiheit zerstören, von der sie überfordert sind‘ aus der NZZ vom 24.12.2024.

⁴ Aus dem Kommentar ‚Olaf Scholz hat Fortschritt versprochen und Stillstand geliefert‘ aus der NZZ vom 16.12.2024.

⁵ Siehe auch den Kommentar ‚Bürgergeld abschaffen und endlich illegale Migration stoppen? Mit SPD und Grünen bleiben die Ziele der Union pure Illusion‘ aus der NZZ vom 17.12.2024.

Verbleiben noch die AfD mit der Kanzlerkandidatin Alice Weidel und das BSW mit Sahra Wagenknecht. Letztere ist hochintelligent und eine hervorragende Rednerin, man könnte auch sagen Demagogin. Beide vertreten einerseits viele vernünftige Standpunkte, andererseits aber auch einige inakzeptable, zum Teil rechts- bzw. linksradikale, und sind darüber hinaus Putin-hörig. – Armes Deutschland. Wie gesagt, man kann verzweifeln.

Nachtrag vom 14.01.2025:

Elon Musk als Berater der neuen US-Regierung ist nicht gerade diplomatisch, wenn er über deutsche Politiker spricht, aber in der Sache hat er Recht:

Bundeskanzler Scholz ist ein Narr. Er ist ein lächerliches kleines Männlein, das sich für einen Riesen hält. Bundespräsident Steinmeier ist kein Demokrat, denn er grenzt 20% der Wahlberechtigten aus, die AfD wählen wollen, im Osten über 30%. Das ist für einen Bundespräsidenten, der das ganze Volk vertreten soll, ein Unding. Und die AfD ist die einzige größere Partei, die, anders als der Einheitsbrei der etablierten Parteien,⁶ für eine echte Politikwende steht.⁷

Kommentar vom 20.01.2025:

Höchste Zeit, die „Brandmauer“ zu schleifen

Friedrich Merz und die CDU halten an der „Brandmauer“ fest und schließen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD aus. Damit liefert Merz sich und die CDU den möglichen zukünftigen Koalitionspartnern SPD und Grüne aus. Mit diesen ist der von Merz angestrebte „Politikwechsel“ aber nicht zu machen.⁵ Es droht eine Fortsetzung der Ampel-Politik, bei der lediglich die FDP durch die CDU ersetzt wird. Die CDU hätte zwar ein größeres Gewicht als die FDP, aber an der Unvereinbarkeit der Positionen und dem daraus resultierenden Dauerstreit würde das nichts ändern. Deutschland wäre für weitere Jahre gelähmt – in der jetzigen Lage eine Katastrophe.

Jetzt ist die letzte Chance, von der „Brandmauer“ Abstand zu nehmen,⁸ zumindest insoweit, dass die Duldung einer Minderheitsregierung der CDU/CSU ggf. mit der FDP, sofern diese die 5%-Hürde schafft, durch die AfD als Option in Erwägung gezogen wird, ebenso die Mehrheitsbeschaffung durch die AfD bei Vorhaben, bei denen man inhaltlich übereinstimmt. Das würde die Erpressbarkeit der CDU durch SPD und Grüne reduzieren. Außerdem hätte dann bei einem Scheitern die AfD den „schwarzen Peter“.

Das muss aber rechtzeitig vor der Wahl erfolgen, da die CDU sich sonst unglaublich macht. Wahrscheinlich ist das auch die letzte Chance für die CDU, denn würde sie sich einem

⁶ Siehe dazu den Kommentar ‚[Die deutsche Politik steckt in der Vertrauenskrise. Schuld daran ist der schwarz-rot-grüne Einheitsbrei](#)‘ aus der [NZZ vom 21.06.2024](#).

⁷ Siehe auch den Kommentar ‚[Die Aufregung über Elon Musk ist verlogen: Deutsche Politiker mischen sich ständig in fremde Wahlen ein](#)‘ aus der [NZZ vom 03.01.2025](#).

⁸ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Die „Brandmauer“ hat endgültig versagt](#)‘ vom 10.06.2024.

Koalitionspartner beugen, der die Ampel-Politik fortsetzen will, würde sie jegliches Vertrauen der Wähler verlieren. Nach der nächsten Wahl würde dann nicht mehr die AfD der Junior-Partner der CDU werden können, sondern umgekehrt die CDU der Junior-Partner der AfD. Wie schnell das gehen kann, hat sich in Österreich gezeigt.⁹

Nachtrag vom 25.01.2025:

Friedrich Merz hat nach den Morden von Aschaffenburg, die von einem ausreisepflichtigen Afghanen begangen wurden, angekündigt, verschärfte Gesetze gegen die illegale Migration zur Not auch mit den Stimmen der AfD durchzubringen. Das ist zumindest ein Schritt, den größten Schwachsinn der „Brandmauer“ zu beenden. Das hat bei SPD, Grünen und den links-grünen Medien zu einem großen Aufschrei der Entrüstung geführt. – Gut so, zeigt das doch, wo deren Prioritäten liegen, nicht beim Schutz der deutschen Bürger.

Nachtrag vom 29.01.2025:

Die CDU/CSU hat in den Antrag zu Merz' 5-Punkte-Programm eine Passage eingefügt, mit der sie die AfD brüskiert. Die AfD hat dem Antrag im Bundestag trotzdem zugestimmt und so dafür gesorgt, dass der Antrag angenommen wurde, während SPD und Grüne dagegen gestimmt haben. Ist die **AfD** jetzt die einzige **Partei der politischen Vernunft**, während alle anderen Spielchen spielen?!

Nachtrag vom 21.02.2025:

Eine [Analyse der NZZ](#) zeigt, dass die CDU inhaltlich von allen Parteien, die eine Chance haben, in den Bundestag zu kommen, die meisten programmatischen Übereinstimmungen mit der AfD hat, sogar etwas mehr als mit der FDP. Mögliche Koalitionspartner definieren bereits rote Linien, z.B. die Grünen das Festhalten am Verbrennerverbot. Warum kann die CDU mit der AfD nicht genauso verfahren und sich eine mögliche Zusammenarbeit offenhalten, wenn die AfD rote Linien akzeptiert, z.B. das Festhalten an der Westbindung mit EU und NATO?!

Kommentar vom 27.01.2025:

Parallelgesellschaften müssen unter Kontrolle gebracht werden

Viele Migranten, insbesondere aus arabischen und nordafrikanischen Ländern, empfinden den deutschen Rechtsstaat als extrem schwach und lehnen ihn deshalb ab. Sie haben ihre eigenen Gesetze und ihre eigene Rechtsprechung, die von islamischen Friedensrichtern ausgeübt wird. Diese sind hoch angesehen, während die Vertreter des deutschen Rechtsstaats verachtet werden. So haben sich Parallelgesellschaften gebildet, über die der deutsche Staat die Kontrolle verloren hat.

⁹ Siehe auch den Kommentar ‚Die Krise in Österreich zeigt: Die «Brandmauer» gegen die AfD könnte Deutschland teuer zu stehen kommen‘ aus der [NZZ vom 06.01.2025](#).

Die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte, nicht nur in der Silvesternacht, markieren die Gebiete, in denen diese und andere Gruppen, z.B. sog. „Autonome“, ihre Parallelgesellschaften über den deutschen Rechtsstaat stellen und dessen Vertretern ihren Herrschaftsanspruch mit Gewalt demonstrieren wollen, was ihnen auch hervorragend gelingt. Der deutsche Staat erscheint demgegenüber machtlos, was die Parallelgesellschaften in sich bestärkt.

Der deutsche Staat muss hier radikal umsteuern und darf sich nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. Hier hilft nur **Zero Tolerance**. Erste Voraussetzung dafür ist eine massive Aufstockung der Polizeipräsenz in den einschlägigen Bezirken, so dass alle Rechtsverstöße auch verfolgt werden. Zweite Voraussetzung ist eine personell aufgestockte Justiz, die die Rechtsbrecher zeitnah und mit der vollen Härte der Gesetze bestraft. Da viele Straftäter Jugendliche sind, ist eine Verschärfung des Jugendstrafrechts erforderlich.¹⁰ Bei Straftätern mit ausländischem Pass muss die Abschiebung, ggf. nach Verbüßung einer Haftstrafe, zum Regelfall werden.¹¹

Kommentar vom 03.02.2025:

Die „Guten“ gehen, die „Schlechten“ bleiben

Nach dem Sturz des Assad-Regimes in **Syrien** wollen viele Syrer, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, zurück nach Syrien. Das sind die „guten“ Syrer, die Verantwortung übernehmen und ihr Land wieder aufbauen wollen, darunter viele Leistungsträger wie Ärzte und Ingenieure. Der deutsche Staat sollte sie dabei unterstützen, auch wenn die Leistungsträger in Deutschland eine Lücke hinterlassen, aber gerade sie werden in Syrien dringend gebraucht.

Andere Syrer werden nicht freiwillig gehen, insbesondere die, die in Deutschland von staatlichen Zuwendungen gut leben, ohne dafür zu arbeiten, und die, die an den „verführerischen“ deutschen Frauen Gefallen gefunden haben, und natürlich die Kriminellen, die in einem islamistischen Syrien viel härtere Strafen zu erwarten haben als in Deutschland. Das sind die „schlechten“ Syrer.

Der deutsche Staat muss die Rückführung der „schlechten“ Syrer forcieren. Syrer, die strafällig geworden sind, müssen nach Syrien abgeschoben werden. Die „Gutmenschen“ werden sagen, das kann man nicht machen, weil die Strafen dort höher und zum Teil unmenschlich sind. Das Argument kann man allerdings nicht gelten lassen, da in Deutschland begangene Straftaten in Syrien nicht verfolgt werden, und wenn die Täter in Syrien erneut straffällig werden, ist das deren Problem. Ebenso müssen alle islamistischen Gefährder abgeschoben

¹⁰ Siehe auch meine Kommentare ‚[Sollte das Jugendstrafrecht verschärft werden?](#)‘ vom 28.03.2023 und ‚[„Gutmenschentum“ führt zur Zunahme von Gewalt](#)‘ vom 26.08.2024.

¹¹ Bei doppelter Staatsbürgerschaft muss den Straftätern die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden.

werden, denn ihnen droht von den neuen, islamistischen Machthabern keine Gefahr. Das-selbe gilt natürlich auch für andere islamistische Staaten wie Afghanistan.

Kommentar vom 09.02.2025:

Olaf Scholz und die SPD stärken Putin den Rücken

Olaf Scholz gibt sich im Bundestagswahlkampf als „**Friedenskanzler**“ und „garantiert“ den Deutschen, dass es mit ihm keine Eskalation zwischen der NATO und Russland geben wird. Das „garantiert“ er damit natürlich indirekt auch Russland, **schwächt also die NATO und stärkt Putin den Rücken**, gibt ihm praktisch einen Freibrief, seinerseits den Krieg gegen die Ukraine weiter zu eskalieren.

Damit und mit der Weigerung der Ukraine Taurus-Marschflugkörper für den Einsatz gegen militärische Ziele im russischen Hinterland zu liefern, bereitet Scholz die Niederlage der Ukraine und einen **Diktatfrieden Putins** vor.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat Scholz durch sein zögerliches Verhalten die Verteidigung der Ukraine erheblich geschwächt, was **viele Menschenleben gekostet** hat.¹² Damit reiht sich die SPD in die Reihe der Putin-Komplizen der AfD, des BSW und der Linkspartei ein. Gegenüber dem BSW hat die SPD diesbezüglich auch bei den Koalitionsverhandlungen in Brandenburg nachgegeben.

Nachtrag vom 20.02.2025:

Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz und die rot-grüne Rest-Bundesregierung regen sich über die russlandfreundliche Verhandlungsführung Trumps auf und darüber, dass Europa an den Verhandlungen zu einem Waffenstillstand in der Ukraine nicht beteiligt wird. Dabei sind es genau dieser Bundeskanzler und diese Bundesregierung, die durch ihr Zögern und Bremsen die europäische Position im Ukraine-Krieg geschwächt haben.

Kommentar vom 17.02.2025:

Der Elektroauto-Boom in China hat nichts mit Klimaschutz zu tun

Bei den Pkw-Neuzulassungen in China beträgt der Anteil von Fahrzeugen mit Elektroantrieb mittlerweile über 50%. Das liegt allerdings nicht am Klimabewusstsein der chinesischen Autokäufer, sondern an massiven Subventionen der chinesischen Regierung. Auch der chinesischen Regierung geht es dabei primär nicht um den Klimaschutz, sondern um die Stärkung der einheimischen Automobilindustrie.

¹² Siehe auch meinen Kommentar ‚[Über den Krieg](#)‘ vom 01.03.2023.

Auf dem Gebiet der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor hatte China keine Chance zu europäischen Automobilherstellern aufzuschließen. Gerade die deutschen Premium-Hersteller hatten die Verbrenner-Technologie perfektioniert und damit auch in China großen Erfolg. Die im Rahmen des Klimaschutzes aufkommende Elektromobilität war dann für die chinesische Automobilindustrie die Chance, mit einer weniger komplexen Technologie aufzuschließen. Dazu war die chinesische Automobilindustrie allerdings nicht aus eigener Kraft in der Lage, sondern es bedurfte massiver staatlicher Subventionen.

Aufgrund des abflauenden wirtschaftlichen Aufschwungs in China drängt die chinesische Automobilindustrie nun auf den europäischen Markt. Dabei macht sie sich zusätzlich zu niedrigen Produktionskosten und hohen Subventionen die dirigistische EU-Klimapolitik mit hohen Strafzahlungen bei Nichteinhaltung absurder CO₂-Flottenziele und dem Verbrennerverbot ab 2035 zu Nutzen. So zerstört die EU die europäische und insbesondere die deutsche Automobilindustrie, wenn nicht schnellstens eine drastische Kehrtwende in der Klimapolitik erfolgt. Dazu muss es aber in Deutschland zu einer radikalen Politikwende kommen und die neuen Ziele müssen mit harten Bandagen in der EU durchgeboxt werden. – Aber welcher Partei bzw. Koalition ist das zuzutrauen?!

Kommentar vom 24.02.2025:

Zum Ergebnis der Bundestagswahl

Zuerst einmal ist es eine Erleichterung, dass dieser erbärmliche Wahlkampf beendet ist, der von Rot-Grün auf der Moralebene geführt wurde (Mützenich (SPD): „Sündenfall“, „Tor zur Hölle“).^{13,14}

Mit einem [Ergebnis](#) von 28,5% (208 von 630 Sitzen im Bundestag) ist die CDU/CSU stärkste Partei geworden, gefolgt von der AfD mit 20,8% (152 Sitze). Die Ampel-Parteien SPD mit 16,4% (120 Sitze) und Grüne mit 11,6% (85 Sitze) wurden deutlich abgestraft, ebenso die FDP, die an der 5%-Hürde gescheitert ist. Damit sind nur Koalitionen der CDU/CSU mit der SPD oder mit der AfD möglich, wobei die CDU/CSU letztere ausgeschlossen hat.

In den nun anstehenden Koalitionsverhandlungen der CDU/CSU mit der SPD muss eines sichergestellt werden: Ein ‚Weiter wie bisher‘ darf es nicht geben. Das würde das **Vertrauen in die Demokratie** in Deutschland erheblich beschädigen.

¹³ Siehe auch den Kommentar ‚[Die hysterische Republik: Die deutsche Linke will die Demokratie retten – was für eine Anmassung](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 14.02.2025.

¹⁴ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft](#)‘ vom 29.11.2024 sowie den Gastkommentar ‚[Moralisierung gefährdet die Demokratie](#)‘ aus der [NZZ](#) vom 11.10.2024.

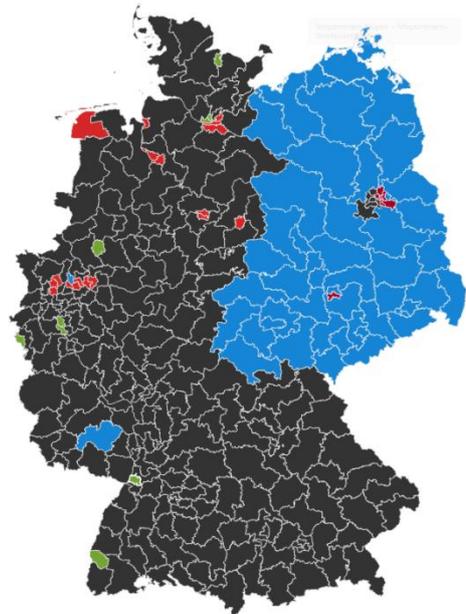
Die neue Bundesregierung steht vor großen Aufgaben, die mit Priorität angegangen werden müssen. Einige davon wurden in den vorangegangenen Kommentaren und einige werden in den nächsten Kommentaren angesprochen (Sozialstaat, Energiewende, Bildung).¹⁵

Meine Präferenz wäre eine **Expertenregierung** unter Führung von Friedrich Merz **ohne Beteiligung von SPD und Grünen**. Diese Minderheitsregierung muss sich sachorientiert auf wechselnde Mehrheiten stützen und darf dabei auch vor der Zustimmung der AfD keine Angst haben.¹⁶

Nachtrag vom 25.02.2025:

Die nebenstehende Grafik zeigt die Verteilung der Zweitstimmen nach Wahlkreisen. In Ostdeutschland ist die AfD flächendeckend die stärkste Partei. Man könnte sagen, die „Brandmauer“ der (im Westen) etablierten Parteien ist identisch mit der Grenze zwischen der BRD und der DDR. Um Osten und Westen nicht weiter zu entzweien, heißt es erneut: „Die Mauer muss weg!“

Die „Brandmauer“ treibt auch einen Keil in die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.¹⁷ Ich höre President Trump schon sagen: „Mr. Merz, tear down this wall!“



Nachtrag vom 27.02.2025:

Das neue **Wahlrecht**, mit dem die Zahl der Bundestagsabgeordneten reduziert wurde, hat dazu geführt, dass 23 Wahlkreise nicht mit einem direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten sind (CDU/CSU 18, AfD 4, SPD 1). Mein Vorschlag wäre, dass immer alle mit der Erststimme direkt gewählten Abgeordneten aus den 299 Wahlkreisen in den Bundestag kommen und weitere 299 Abgeordnete über die Landeslisten, wobei **nur** diese mit der Zweitstimme gewählt werden. Dieses System wäre eine Mischung aus Direktwahl und Verhältniswahl, das die großen Parteien bevorzugen würde, was grundsätzlich gut für stabile Mehrheiten wäre. Im konkreten Fall hätte aber nur die CDU/CSU Vorteile von einer solchen Wahlrechtsänderung, weshalb alle anderen Parteien sicherlich dagegen wären.

¹⁵ Eine hervorragende Analyse der Probleme, vor denen der deutsche Staat steht, liefert Thilo Sarrazin in seinem Buch ‚Deutschland auf der schiefen Bahn – Wohin steuert unser Land?‘, siehe Literaturempfehlungen.

¹⁶ Siehe auch die Analyse aus der [NZZ vom 21.02.2025](#), die zeigt, dass die CDU bei vielen wichtigen Themen die meisten programmatischen Übereinstimmungen mit der AfD hat.

¹⁷ US-Vizepräsident J.D. Vance hat betont, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland, auch für rechte Meinungen, eine Voraussetzung dafür ist, dass die USA sich weiter für die Sicherheit Deutschlands engagieren. Siehe auch den Nachtrag von 05.05.2025 zu meinem Kommentar ‚Nancy Faesers letzter Coup‘ vom 02.05.2025.

Nachtrag vom 13.03.2025:

Ein [Interview mit Bernd Baumann](#), dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, aus der [NZZ vom 12.03.2025](#) zeigt, dass eine Zusammenarbeit der CDU/CSU mit der AfD durchaus möglich wäre.

Kommentar vom 03.03.2025:

Der Sozialstaat muss verschlankt werden

Die Ausgaben für **Sozialleistungen** machten 2023 ca. **47% des Bundeshaushalts** aus.¹⁸ Das schränkt die Möglichkeiten für wichtige Aufgaben wie innere Sicherheit, Verteidigung, Infrastruktur etc. stark ein.

Das **Bürgergeld** hat sich als ungeeignet erwiesen. Trotz des hohen bürokratischen Aufwands ist es nicht zielgenau, ähnelt eher einer Vorstufe des bedingungslosen Grundeinkommens.¹⁹ Fast die Hälfte der Empfänger sind nicht einmal deutsche Staatsbürger. Diese Art von „Gleichstellung“ ist untragbar. Hier muss differenziert und gleichzeitig die Bürokratie reduziert werden. Außerdem wird mit dem Bürgergeld das Lohnabstandsgebot verletzt, denn es ist so hoch, insbesondere bei Familien mit Kindern, dass sich die Aufnahme einer Arbeit oft nicht lohnt.²⁰ Grundsätzlich muss das Prinzip gelten: Wer arbeiten kann, muss arbeiten (Qualifizierungsmaßnahmen eingeschlossen).

Das **Rentensystem** auf Umlagebasis trägt sich aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr selbst, der Staat schießt aus Steuergeldern jetzt schon ca. 30% zu, mit steigender Tendenz. Da hilft nur, das Regeleintrittsalter für die Altersrente kontinuierlich der steigenden Lebenserwartung anzupassen. Fälle, in denen das eine unzumutbare Härte darstellt, müssen über die Berufsunfähigkeits- bzw. Erwerbsminderungsrente abgefangen werden. Zusätzlich muss eine zweite, kapitalgedeckte Säule aufgebaut werden, die aber nicht schuldenfinanziert sein darf.²¹

Die genannten notwendigen Maßnahmen sind allerdings bei einer Regierungsbeteiligung der SPD nicht durchzusetzen.

¹⁸ [Statista: Ausgaben des Bundes nach Funktionen 2023](#): 215,2 Mrd. € von 457,1 Mrd. €.

¹⁹ Das suggeriert schon der Name „Bürgergeld“: Arbeitslose bekommen Arbeitslosengeld, Kranke bekommen Krankengeld und Bürger bekommen Bürgergeld.

²⁰ Das ist oft bei Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung und bei Ausländern der Fall, die in der Regel auch noch mehr Kinder haben als Deutsche aus gebildeten Schichten. Dass das Geld für die Kinder denen auch voll zugute kommt, ist wohl eher die Ausnahme. In einigen Fällen ist das Geld vom Staat wohl sogar Anreiz, noch mehr Kinder zu bekommen, die dann möglicherweise ihr ganzes Leben lang Sozialleistungsempfänger bleiben.

²¹ Siehe meinen Kommentar ‚[Wie sinnvoll ist eine schuldenfinanzierte Aktienrente?](#)‘ vom 11.03.2024.

Kommentar vom 10.03.2025:

Die Energiewende muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden

Die Energiewende, wie sie von der Ampel-Regierung unter Führung der Grünen eingeleitet wurde, basiert auf völlig weltfremden, ideologischen Wunschvorstellungen und hat zu einer Energiekrise geführt, mit Energiepreisen, die so weit über dem Durchschnitt in Europa und dem Rest der Welt liegen, dass die deutsche Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und sich in einer Dauerrezession befindet.²²

Das Problem ist, dass die Erzeugung von Wind- und Solarstrom zeitlich stark schwankt, weshalb bei geringer Ausbeute Stand-by-Kraftwerke (meist Gaskraftwerke) einspringen müssen und der Rest aus dem Ausland importiert werden muss.²³ Kraftwerke, die die meiste Zeit auf Stand-by sind, sind unrentabel, und der importierte Strom ist teuer, während überschüssiger Wind- und Solarstrom zu viel geringeren, teilweise negativen Preisen ins Ausland exportiert wird.

Was fehlt, sind zum einen Stromtrassen, die den Strom von den Windkraftanlagen im Norden zu den Verbrauchern im Süden bringen, und zum anderen Anlagen, um bei hoher Ausbeute überschüssigen Wind- und Solarstrom zu speichern, der dann bei geringer Ausbeute ins Netz abgegeben werden kann. Geeignete Methoden zur Speicherung sind neben der Batteriespeicherung die elektrolytische Erzeugung von Wasserstoff, der bei Bedarf in entsprechend ausgerüsteten Gaskraftwerken wieder in Strom umgewandelt werden, aber auch direkt zur Wärmeerzeugung dienen kann, sowie die Erzeugung sog. E-Fuels, die in klassischen Verbrennungsmotoren eingesetzt werden können.

Für den Auf- und Ausbau dieser dringend benötigten Infrastruktur müssten diejenigen Subventionen verwendet werden, mit denen bisher Windkraftanlagen, Solarstrom und Elektromobilität gefördert wurden. – Ob die CDU/CSU das in einer Koalition mit der SPD durchsetzen kann, ist allerdings fraglich. Anzuzweifeln ist auch die Zustimmung des Bundesrates aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen in sieben Bundesländern.

Nachtrag vom 12.03.2025:

Zitate aus einem [Interview](#) mit dem ehemaligen Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung **Hans-Werner Sinn**:

²² Mittlerweile ist klar, dass die Grünen in der Ampel-Regierung bei der Durchsetzung ihrer politischen Agenda massiv manipuliert haben, siehe den Artikel [Politische Agenda statt ergebnisoffene Prüfung: Die deutsche Bundesregierung manipulierte die Diskussion über den Atomausstieg](#) aus der [NZZ vom 07.02.2025](#).

²³ Siehe auch den Kommentar [Die Geduld der europäischen Nachbarn mit Deutschlands Energiepolitik ist am Ende](#) aus der [NZZ vom 13.12.2024](#).

„Im Bereich der Energiepolitik wird ziemlich viel Geld ausgegeben für zerstörerische Aktivitäten, sage ich mal. Wenn man die Atomkraftwerke abschaltet, dann vernichtet man Kapital. ... Deutschland ist der Geisterfahrer auf der Welt. ... Überall entstehen kleine, modulare Kraftwerke. ... Die Reise geht in die andere Richtung. Nur Deutschland glaubt, es wüsste besser, wo es hingehet, als die anderen. ... Ohne die Energie können Sie die Räder der Industriegesellschaft nicht drehen. Wir haben eine Deindustrialisierung in Deutschland seit dem Jahr 2018.“

„Ich habe nichts gegen erneuerbare Energien, aber Sie dürfen nicht denken, dass es billiger wird. ... Wenn wir Deutschen das nur machen oder Europa das nur macht, das wird nicht viel bewirken. ... Weil die fossilen Brennstoffe, die wir nicht mehr kaufen, auf Märkten ja gehandelt werden und anderswohin geliefert werden. Glauben Sie nicht, dass das Öl in der Erde bleibt, was wir hier nicht mehr verbrauchen, dank der Verbrennerverbote in Europa, sondern das fließt einfach woanders hin. Das ist die Empirie, das kann man zeigen, dass das so ist.“

Nachtrag vom 22.03.2025:

Für ihre Zustimmung zum Schuldenpaket von CDU/CSU und SPD haben die Grünen das Ziel der deutschen „Klimaneutralität bis 2045“ ins Grundgesetz schreiben lassen (Art. 143h). Wie Prof. em. H.-W. Sinn in seinem [Interview vom 11.03.2025](#) dargelegt hat, ist Klimaneutralität eine grüne Illusion, die mit der Realität nichts zu tun hat. Macht das den ehrenwerten Prof. em. H.-W. Sinn jetzt zum **Verfassungsfeind?!**

Kommentar vom 17.03.2025:

Katastrophal schlechte Lesekompetenz deutscher Erwachsener

„Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10.00 Uhr hier ist.“ – So lautet ein Satz aus der neuen Bildungsstudie PIAAC, den die Studienteilnehmer zu interpretieren hatten. Etwa 22% der deutschen Erwachsenen hatten Probleme, den Inhalt dieser Aussage richtig zu erfassen. In Deutschland haben 4.800 Menschen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren an der Studie teilgenommen, insgesamt waren es in 31 Ländern 160.000 Teilnehmer. Getestet wurden Lesekompetenz, alltagsmathematische Kompetenz sowie die Problemlösungsfähigkeit. Am besten schnitten Finnland, Japan, die Niederlande, Norwegen und Schweden ab. Deutschland liegt mit seinen Ergebnissen zwar über dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten und schneidet besser ab als bei der Vergleichsstudie 2012. Aber das liegt vor allem daran, dass die Ergebnisse insgesamt schlechter waren. **In Finnland liegt die mittlere Lesekompetenz aller Erwachsenen über der mittleren Lesefähigkeit deutscher Hochschulabsolventen.** Anlass zur Sorge bereitet vor allem, dass die Lesekompetenz bei Geringqualifizierten abnimmt, und zwar so weit, dass viele kaum in der Lage sein werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Offensichtlich ist, dass Migranten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das Problem weiter verschärfen. Und die Integration von deren Kindern an deutschen Schulen senkt auch das Niveau der deutschen Schüler immer weiter ab.

Kommentar vom 22.03.2025:

Die Politikwende ist vorbei, bevor sie überhaupt begonnen hat

SPD und Grüne haben ihr Versagen in der Ampel-Regierung immer so erklärt, dass ihr eingeschlagener Weg zweifellos richtig sei, dass es nur größerer Anstrengungen in dieser Richtung bedürfe. Dagegen hat Friedrich Merz versprochen, dass es mit ihm einen „Politikwechsel“ geben werde, bei dem die Irrwege der Ampel-Regierung bei Migrationspolitik, Klima- und Energiepolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Staatsverschuldung, Bürokratie etc. korrigiert würden.

Dann aber hat er sich beide Hände auf den Rücken gebunden, indem er sowohl jegliche Zusammenarbeit mit der AfD als auch eine Minderheitsregierung ausgeschlossen hat. Damit hat Merz sich und die CDU vollkommen SPD und Grünen ausgeliefert.

So wurde auf Drängen der SPD ein riesiges neues Schuldenpaket verabschiedet. Es ist naiv zu glauben, dass die SPD jetzt noch grundlegenden Strukturreformen und Einsparungen bei Bürokratie, Migrations- und Sozialpolitik etc. zustimmen wird, denn durch das Schuldenpaket wird der reguläre Haushalt von zusätzlich notwendigen Ausgaben entlastet und dadurch der Reformdruck reduziert.²⁴

Für die notwendige Zustimmung zum Schuldenpaket haben die Grünen den Klima- und Transformationsfonds aufstocken und das Ziel der deutschen „Klimaneutralität bis 2045“ ins Grundgesetz hineinschreiben lassen (Art. 143h).²⁵

So haben SPD und Grüne ihre toxische Politik mit Hilfe der CDU für viele lange Jahre zementiert, obwohl eine klare Mehrheit diese Politik bei der Bundestagswahl abgewählt hat:²⁶

Wer hat uns verraten? – Christlichdemokraten!

Nachtrag vom 23.03.2025:

CDU/CSU und SPD haben innerhalb eines Monats das Vertrauen ihrer Wähler eingebüßt. Nach [aktuellen Umfragen](#) hätten sie im Bundestag keine Mehrheit mehr.



²⁴ Volksweisheit: „Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozialdemokrat spart.“

²⁵ Siehe auch meine Kommentare ‚[Das Dogma der Klimaneutralität](#)‘ vom 16.08.2023 sowie ‚[Die neue „Achse des Bösen“ bestimmt das Weltklima](#)‘ vom 17.05.2023.

²⁶ Siehe auch den Kommentar aus der [NZZ vom 25.03.2025](#) zur [Konstituierung des Bundestages](#).

Nachtrag vom 10.04.2025:

Wie erwartet kann beim Koalitionsvertrag vom 09.04.2025 nicht von einer Politikwende oder einem Politikwechsel gesprochen werden. Grundlegende Strukturreformen und substantielle Einsparungen: Fehlanzeige!²⁷

Kommentar vom 30.03.2025:

Generation Z: Im Alltag restlos überfordert

Die Gen Z ist mit dem Wechsel einer Glühbirne überfordert

In einer britischen Studie zur Gen Z gaben ganze 22% der Befragten an, die Glühbirne einer Deckenlampe im eigenen Zuhause nicht selbst wechseln zu können – und lieber einen Profi heranzulassen. Weitere 22% würden die Eltern darum bitten. Die Begründung: Es sei zu gefährlich. Ein knappes Viertel hatte den Verdacht, die Glühlampe könnte zu heiß sein und wollte sie lieber nicht wechseln. Weitere 20% erklärten, auf Leitern zu steigen, sei einfach zu gefährlich.

Beim Auto ist die Lage nicht besser. Die Hälfte der Befragten wusste nicht einmal, wie man einen Autoreifen aufpumpt – und lässt sich an der Tankstelle jedes Mal helfen. Zwei Drittel der Befragten gaben an, die Scheibenwischer nicht wechseln zu können. Die Autobatterie konnten auf einem Bild eines Automotors nur 34% der Teilnehmer korrekt identifizieren.

Die Gen Z ist damit überfordert, im Restaurant zu bestellen

Die Angstzustände der Gen Z wirken sich sogar auf ihre Essgewohnheiten aus: Die meisten geben zu, dass sie in Restaurants mit „Speisekartenangst“ zu kämpfen haben, so eine britische Umfrage. Gründe dafür sind der Umfang der Auswahl und die Angst, etwas Falsches auszuwählen, besonders, wenn Gerichte und Zutaten unbekannt sind. Ein Drittel der Gen Z gab an, dass sie aus diesem Grund andere Personen bitten, im Restaurant zu bestellen. Ein weiteres Drittel gab an, sich nach Empfehlungen aus den „sozialen“ Medien zu richten. Wichtig ist ihnen auch, dass ihr Essen „instagrammable“ aussieht.

Der Gen Z fällt es schwer, mit ihrem Namen zu unterschreiben

Infolge des jahrzehntelangen Rückgangs des handschriftlichen Schreibunterrichts fehlt jungen Menschen in den USA zunehmend eine eindeutige Unterschrift – ein Mangel, der die Wähler der Gen Z bei der Stimmabgabe zur US-Präsidentschaftswahl behindert hat. Eine relativ hohe Anzahl von Briefwahlunterlagen wurde aufgrund von Problemen mit der Übereinstimmung der Unterschriften abgelehnt.

Die Jugend ist die Zukunft. – Na dann, gute Nacht!

²⁷ Siehe die Artikel ‚Was von der deutschen Wirtschaftswende geblieben ist‘ aus der [NZZ vom 09.04.2025](#), ‚Die konservative Wende in der deutschen Politik bleibt vorerst aus‘ aus der [NZZ vom 10.04.2025](#) und ‚Reaktionen auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD‘ aus der [NZZ vom 10.04.2025](#).

Kommentar vom 05.04.2025:

Die einzige Chance für 'Made in Germany' ist Qualität

Waren aus Deutschland haben immer noch einen sehr guten Ruf, der auf deren hoher Qualität beruht. [Amerikaner kaufen lieber eine teure Waschmaschine aus dem Ausland als ein qualitativ minderwertiges Produkt 'Made in USA'](#). Dieser Qualitätsunterschied ist das probate Mittel gegen die amerikanischen Importzölle, die die Amerikaner zum Kauf amerikanischer Güter animieren und die dortige Produktion ankurbeln sollen. Dass das funktioniert, kann bezweifelt werden, denn die Importzölle führen auch bei vielen amerikanischen Herstellern zu höheren Preisen von Produkten, die, bzw. deren Komponenten, sie im Ausland herstellen lassen.²⁸

Der größte Fehler, den deutsche Hersteller jetzt machen können, ist, an der Qualität ihrer Produkte zu sparen, denn ein Preiskampf ist aufgrund der hohen Lohn- und Energiekosten in Deutschland aussichtslos. Nur, wenn die Qualität den höheren Preis inkl. Zoll rechtfertigt, können Produkte 'Made in Germany' am Markt bestehen. Sofern deutsche Hersteller ihre Produktion bereits ins Ausland verlagert haben, ist es zwingend erforderlich, dass dort deutsche Qualitätsstandards eingehalten werden. Ist das nicht möglich, muss die Produktion nach Deutschland zurückgeholt werden. Viele Hersteller haben damit bereits begonnen.

Ein anderes, eben so gravierendes Problem ist der Verkauf deutscher Qualitätsunternehmen ins Ausland. Bekannte Marken wie z.B. Osram sind mittlerweile in chinesischer Hand und die Qualität der Produkte, die nur noch den deutschen Markennamen tragen, aber in China hergestellt werden, ist nicht mehr vergleichbar mit der früherer Produkte aus deutscher Herstellung. Das schadet dem Ruf deutscher Produkte erheblich.

Nachtrag vom 11.04.2025:

Aufgrund der Erhöhung der amerikanischen Einfuhrzölle auf Waren aus China auf 145% ist damit zu rechnen, dass der europäische Markt mit chinesischen Waren zu Dumpingpreisen überschwemmt wird. Auch dagegen hilft nur ein überzeugender Qualitätsvorsprung europäischer und insbesondere deutscher Waren.

Zweifel hieran sind allerdings dadurch begründet, dass minderwertige China-Ware von *Shein* und *Temu* zumindest bei jungen Leuten beliebt ist, Stichwort: *Ultra Fast Fashion*.

²⁸ Abgesehen davon belegt die „Berechnung“ der Zölle die kaum zu überbietende Inkompetenz der Trump-Administration: Da wird einfach der Handelsbilanzüberschuss eines Landes mit den USA in Prozent halbiert und schon hat man den Zoll für die Importe aus diesem Land „berechnet“. Und dabei lässt man dann auch noch Dienstleistungen komplett unter den Tisch fallen. Ein Witz, wenn es nicht so traurig wäre.

Nachtrag vom 21.04.2025:

Auch die Verlagerung europäischer Produktion in die USA ist unter Qualitätsgesichtspunkten brandgefährlich für den Ruf der Firmen, die damit Trumps Zölle umgehen wollen. Ein Beispiel ist die [Produktion von Louis Vuitton Taschen in Texas, bei der sehr viel Ausschuss produziert wird](#).

Kommentar vom 12.04.2025:

Deutschland ist kein reiches Land

Das Narrativ der Merkel-Regierung, Deutschland sein ein reiches Land („Wir schaffen das!“), entspricht nicht den Tatsachen. Trotzdem wird es bis heute aufrechterhalten. Zwar geht es der deutschen Wirtschaft trotz des zuletzt rapiden Niedergangs noch relativ gut, denn die Unternehmen machen zumindest im Ausland noch einige Gewinne. Aber bei der deutschen Bevölkerung kommt davon wenig an.

Zum einen sind zu wenige Menschen über Aktien etc. am unternehmerischen Erfolg beteiligt, zum anderen fressen die hohen Steuern und Abgaben sowie die hohen Lebenshaltungskosten die relativ hohen Löhne und Gehälter auf. Besonders hervorzuheben sind die hohen Kosten für Wohnung und Energie. Fatal ist, dass in Deutschland der Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum mit deutlich unter 50% so niedrig ist wie in keinem anderen Land der EU und weiter sinkt. Das ist besonders im Alter eine Armutsfalle.²⁹ Hinzu kommt der hohe Anteil an Migranten, die vom Staat leben („Die schaffen uns!“).

Trotzdem ist Deutschland bei weitem der größte Nettozahler in der EU, und fast der einzige neben den Niederlanden.³⁰ Da wünscht man sich eine Vizekanzlerin Alice Weidel, die von der EU wie einst Maggie Thatcher fordert: „*We want our money back*“, und die mit der glaubhaften Drohung, die deutschen Zahlungen einzustellen, die EU in ihre Schranken weist.

Nachtrag vom 16.04.2025:

Aufgrund der aktuellen Unzuverlässigkeit der USA unter Trump sowohl in der Verteidigungs- als auch der Wirtschaftspolitik wird allseits gefordert, die EU solle geschlossener und unabhängiger werden. Frankreich will dabei die Führung übernehmen und Deutschland soll zahlen. – So nicht!

²⁹ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Über Armut in Deutschland](#)‘ vom 25.04.2023.

³⁰ Laut einer Analyse des EU-Haushalts 2023 waren Deutschland und die Niederlande die einzigen EU-Mitgliedsländer, die netto noch nennenswert in die EU-Kasse eingezahlt haben, selbst Frankreich ist mittlerweile Netto-Zahlungsempfänger („Der Steuerzahler“, 10-2024).

Kommentar vom 19.04.2025:

Das Gleichnis vom Großbauern und den Kleinbauern

Es war einmal ein Großbauer, der gutes Geld verdiente, weil er schlau und sparsam war und sich von seinem Gewinn über die Jahre moderne Landmaschinen gekauft hatte. Viele Kleinbauern in der Gemeinde hatten noch alte Maschinen und kamen auf keinen grünen Zweig. „Das geht so nicht“, sagte die Bürgermeisterin und entschied, dass der Großbauer den Kleinbauern den Maschinenpark modernisieren müsste. Der Gemeinderat, in dem auch viele der Kleinbauern saßen, beschloss mit großer Mehrheit, dass es so sei. So musste der Großbauer den Kleinbauern über die nächsten Jahre neue Maschinen finanzieren.

Dann aber kam eine lange Dürre und damit große Ernteausfälle. Die Kleinbauern mussten ihre neuen Maschinen verkaufen, um zu überleben. Der Großbauer aber hatte in den letzten Jahren keine Rücklagen bilden können und seine Maschinen waren schon älter, so dass er Konkurs anmelden musste. So verarmte die ganze Gemeinde und hatte am Ende nicht einmal mehr Geld, um die Schule weiter zu betreiben. Die jungen Leute zogen weg, und die Gemeinde verelendete vollends.

Soviel sei zum Schluss noch verraten: Die Bürgermeisterin hieß Ursula und der Großbauer Schland.³¹

Kommentar vom 26.04.2025:

„Ich bin nicht mittelmäßig, ich werde diskriminiert“

Nur wenige Menschen und Leistungen sind – wie das Wort schon sagt – herausragend, aber „normal“ ist in der heutigen Zeit der „sozialen“ Medien out. Wer aber keinen Erfolg hat, egal auf welchem Gebiet, sucht den Grund ungern bei sich selbst. Die Tatsache, dass man sich selbst herausragend gut findet, diese Meinung aber, außer vielleicht von den eigenen Eltern, von niemandem geteilt wird, ist doch schon der Beweis für eine systematische Diskriminierung.

Das erklärt den Erfolg der **Woke-Ideologie**. Ist man weiblich oder schwarz, oder am besten beides, ist das einhundertprozentig die Erklärung für das eigene Scheitern bzw. die eigene Bedeutungslosigkeit. Ist man das nicht, liefert die Woke-Ideologie eine andere Diskriminierung, z.B. diverse Formen von Rassismus oder weil man LGBTQIA+ ist. Das geht soweit, dass viele junge Menschen, besonders Frauen, sich als psychisch krank darstellen, um einen Opferstatus zu erlangen.³²

³¹ Siehe auch meinen Kommentar ‚[Nützt oder schadet die EU Deutschland?](#)‘ vom 15.11.2023.

³² Siehe das [Interview mit dem Psychologen Holger Richter](#) aus der [NZZ vom 06.02.2025](#), in dem er die Pathologisierung der Gesellschaft kritisiert.

Nun ist es aber mehrheitlich nicht so, dass **Donald Trump** den Menschen, Unternehmen und Institutionen gegen ihren Willen die Wokeness verbietet, sondern die meisten haben lange darauf gewartet, von dem Druck, woke sein zu müssen, dem sie selbst nicht standhalten konnten, befreit zu werden, auch in Europa.³³ Dass Trump die Methoden der Woke-Ideologen wie Wort-Verbote und *Cancel Culture* jetzt gegen sie einsetzt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Trotzdem wäre es besser, Woke-Ideologie und *Political Correctness* durch echte Redefreiheit zu ersetzen, aber vielleicht ist es tatsächlich notwendig, mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen, um erfolgreich zu sein.

Kommentar vom 02.05.2025:

Nancy Faesers letzter Coup

In den letzten Tagen ihrer Amtszeit ist es der Innenministerin *alias Staatssicherheitsministerin* Nancy Faeser (SPD) noch gelungen, die **AfD** vom ihr unterstellten und im „Kampf gegen rechts“ instrumentalisierten Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) für **gesichert rechtsextremistisch** erklären zu lassen. Dass das politisch motiviert ist, ist offensichtlich, auch wenn Faeser das Gegenteil behauptet.³⁴

Das Verfahren läuft schon länger, die Bekanntgabe folgt jedoch unmittelbar auf die ersten Wahlumfragen, die die **AfD** nicht nur im Osten sondern in der gesamten Bundesrepublik als **stärkste Kraft** sehen.

Das verdankt die AfD der „demokratischen Mitte“, von der sie als „Tor zur Hölle“ (Rolf Mützenich, SPD) gesehen und entsprechend behandelt wird. Allerdings führt die Ausgrenzung der AfD dazu, dass sie die gravierenden Probleme, wie z.B. die unkontrollierte Migration, nur anprangern muss, aber nicht zu einer Lösung der Probleme beitragen muss/darf. So reicht das langjährige Versagen der „demokratischen Mitte“ bei diesen Problemen aus, die AfD zur stärksten Partei zu machen.

Die Frage ist, ob die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch den Höhenflug der AfD stoppen kann oder die Wähler den ach so ehrenwerten „Kampf gegen rechts“ als antidemokratischen Kampf gegen neue Mehrheitsverhältnisse im Land erkennen. Der nächste Schritt der „demokratischen Mitte“ wäre dann ein Verbotsverfahren.³⁵

³³ Siehe auch den Kommentar ‚[Trumps Konterrevolution: Woke als progressive Leitkultur ist am Ende](#)‘ aus der [NZZ vom 31.01.2025](#).

³⁴ Siehe auch das [Interview mit dem renommierten Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek](#) aus der [NZZ vom 03.05.2025](#): «Die Verwendung eines ethnischen Volksbegriffs allein ist nicht verfassungsfeindlich»

³⁵ Siehe auch den Kommentar ‚[Der Verfassungsschutz führt Deutschland in die politische Sackgasse](#)‘ aus der [NZZ vom 02.05.2025](#).

Ein Verbotsverfahren würde in jedem Fall der AfD nützen. Misslingt es, würde die AfD gestärkt daraus hervorgehen. Wird sie jedoch verboten, müsste sie sich unter neuem Namen und gemäßigter, ohne Extremisten wie Höcke, neu erfinden und wäre dann regierungsfähig – im Grunde der *Best Case*.

Nachtrag vom 04.05.2025:

Da die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch doch erhebliche Nachteile bedeutet und der Rechtsweg durch alle Instanzen sehr lange dauert, würde ich der AfD empfehlen, sich freiwillig unter neuem Namen – ich schlage vor: *DVP Deutsche Volkspartei* – neu und gemäßigter aufzustellen und dabei Rechtsextremisten wie Höcke auszuschließen. Sollte der Umbau rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl vollendet sein, hätte die *DVP* gute Chancen auf eine maßgebliche Regierungsbeteiligung.

Nachtrag vom 05.05.2025:

US-Außenminister Marco Rubio kritisierte die neuen Befugnisse des BfV zur Überwachung der stärksten Oppositionspartei in Deutschland scharf: *“Germany just gave its spy agency new powers to surveil the opposition. That’s not democracy – it’s tyranny in disguise. What is truly extremist is not the popular AfD – which took second in the recent election – but rather the establishment’s deadly open border immigration policies that the AfD opposes.”*

US-Vizepräsident J.D. Vance kommentierte: *“The AfD is the most popular party in Germany, and by far the most representative of East Germany. Now the bureaucrats try to destroy it. The West tore down the Berlin Wall together. And it has been rebuilt – not by the Soviets or the Russians, but by the German establishment.”*

Nachtrag vom 06.05.2025:

Das Debakel der Kanzlerwahl hat gezeigt, dass die „demokratische Mitte“ die eigentliche Gefahr für die Demokratie ist, nicht die AfD.³⁶ Dabei nimmt die Kompromissfähigkeit der Parteien ab, je weiter links und ideologiegetrieben sie sind. Das zeigt sich an der Verweigerungshaltung der Jusos. Es ist bezeichnend, dass die Regierung in Italien unter der als rechtspopulistisch und postfaschistisch eingestuften Ministerpräsidentin Giorgia Meloni stabiler ist als die in Deutschland.

³⁶ Siehe auch den Kommentar aus der [NZZ vom 06.05.2025](#): „Es braucht die AfD nicht, um das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat zu beschädigen. Das können die Parteien der Mitte ganz alleine“

Kommentar vom 11.05.2025:

„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Merz noch Söder auf“

Friedrich Merz und Markus Söder haben bei den Koalitionsverhandlungen versagt. Der Koalitionsvertrag liest sich, als habe die SPD die Wahl gewonnen. Mit sieben Ministern ist die SPD im Kabinett zahlenmäßig überproportional vertreten und hat neben Arbeit und Verteidigung weitere maßgebliche Ministerien wie Finanzen und Justiz übernommen.

Viele Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag stehen unter dem Vorbehalt der Prüfung der Finanzierbarkeit bzw. der Rechtskonformität, also durch SPD-geführte Ministerien. Bei der Ampel-Regierung haben wir gesehen, wie ideologische Vorgaben das Ergebnis solcher Prüfungen bestimmen.³⁷

Der Koalitionsvertrag setzt für die „Lösung“ verschiedener Probleme auf staatliche Interventionen. Beispiele sind staatliche Vorgaben zum Mindestlohn, eine erneute Kaufprämie für E-Autos sowie Subventionen zur Stützung der Wirtschaft, obwohl diese primär Steuersenkungen und den Abbau bürokratischer und regulatorischer Hindernisse sowie ein Umdenken bei der Energiepolitik fordert. Das Rentenniveau wird festgeschrieben und soll mit Steuergeldern gehalten werden. Auch die höhere Besteuerung von „Reichen“, also von erfolgreichen Leistungsträgern, ist nicht vom Tisch.

Es spricht Bände, dass Carsten Linnemann (CDU), der Architekt des „Politikwechsels“, den Friedrich Merz vor der Wahl versprochen hatte, einen Ministerposten abgelehnt hat.³⁸

Umverteilung und staatlicher Dirigismus sind eine Vorstufe des Sozialismus. Helmut Kohl definierte eine Staatsquote von 50% als Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Diese ist erreicht, aber die CDU/CSU macht jetzt munter mit auf dem Weg in den Sozialismus. Das gilt übrigens auch für die Fortsetzung der staatlichen Unterstützung linker NGOs in ihrem einseitigen „Kampf gegen rechts“.³⁹

³⁷ Siehe z.B. den Artikel [„Politische Agenda statt ergebnisoffene Prüfung: Die deutsche Bundesregierung manipulierte die Diskussion über den Atomausstieg“](#) aus der NZZ vom 07.02.2025.

³⁸ Siehe den Kommentar [„Linnemanns Absage ans Ministerkabinett ist eine Niederlage für Merz“](#) aus der NZZ vom 16.04.2025.

³⁹ Siehe die Kommentare [„Der Sozialismus kehrt schleichend zurück, unter dem Banner der Freiheit. Und er ist schon weit gekommen“](#) aus der NZZ vom 23.04.2025 und [„Millionen an Steuergeldern für NGO – wie der Staat linke Aktivisten und Demokratiefeinde finanziert“](#) aus der NZZ vom 09.05.2025.

Literaturempfehlungen

Einige Themen der Kommentare werden in den hier aufgeführten Büchern vertieft, die ich persönlich für sehr lesenswert halte.

Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, DVA 2014, LMV 2021

„Wer bestimmt, was gesagt werden darf – und worüber geschwiegen werden muss? Meinungsfreiheit ist hierzulande durch das Grundgesetz garantiert. Aber wie sieht es damit im Alltag aus? Dort begegnen wir immer wieder Denk- und Redeverbote und sind recht schnell an den Grenzen des Sagbaren angelangt. Thilo Sarrazin analysiert den grassierenden Meinungskonformismus und stellt fest: Wer Dinge ausspricht oder Zusammenhänge herstellt, die nicht ins gerade vorherrschende Weltbild passen, der wird gerne als Provokateur oder Nestbeschmutzer ausgegrenzt. Mit gewohntem Scharfsinn prangert Thilo Sarrazin diesen Missstand an, zeigt auf, wo seine Ursachen liegen, und benennt die 14 vorherrschenden Denk- und Redeverbote unserer Zeit.“

Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde – Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens, LMV 2022

„In seinem neuen Buch bietet Thilo Sarrazin eine klarsichtige Analyse der Bedrohung unserer Demokratie durch linke und rechte Ideologien. Er analysiert die Verzerrungen und geistigen Fehlschlüsse von Denkstilen, die glaubens- oder ideologiegetrieben und nicht auf Wahrheitsfindung gerichtet sind. Die wesentlichen Ausprägungen ideologischen Denkens stellt er in ihren ideengeschichtlichen Kontext und beschreibt den Einfluss von Ideologie auf die politische und gesellschaftliche Ordnung bis in die Gegenwart und die Ampel-Regierung hinein. In der Summe weist er überzeugend nach, dass ideologisches Denken jedweder Art mit den Grundprinzipien von Rationalität und dem Geist der abendländischen Aufklärung unvereinbar ist.“

Thilo Sarrazin: Deutschland auf der schiefen Bahn – Wohin steuert unser Land?, LMV 2024

„Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang:

- Die Geburtenarmut hält an, die Bildungsleistung sinkt, in der Forschung fällt Deutschland zurück, die Wachstumskräfte erlahmen, der Wohlstand steigt nicht mehr, die Infrastruktur verkommt.
- Der Sozialstaat setzt die falschen Akzente. Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr, Millionen kulturfremder Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte.

- Der Staat zeigt sich überfordert: Eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik gelingt seit Jahren nicht. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur Landesverteidigung. Die Bürokratie nimmt immer mehr zu, die Digitalisierung stockt, das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands.

Thilo Sarrazin zeigt in seinem neuen Buch, wie alle diese Faktoren zusammenhängen. Er entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern lässt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müsste.“

Ulf Poschardt: Shitbürgertum, ulfposchbooks by Amazon 2024

„In diesem scharfsinnigen und provokanten Essay entlarvt Ulf Poschardt einen neuen Sozialcharakter, der unsere Gesellschaft prägt und lähmt: den „Shitbürger“. Mit einer unheilvollen Mischung aus Anmaßung und Untertanengeist inszeniert sich der Shitbürger als moralisch überlegener Retter der Welt – verteidigt dabei jedoch vor allem seine eigenen Privilegien und Interessen.

Poschardt, einer der renommiertesten Journalisten Deutschlands, zeigt auf, wie der Shitbürger in den liberalen, saturierten Gesellschaften des Westens eine beispiellose „Hegemonie“ errichtet hat. Diese habe nicht nur Institutionen wie Kultur, Medien und Wissenschaft durchdrungen, sondern Deutschland in eine tiefe Krise geführt – eine Krise, die nur durch radikale Selbstkritik und eine Rückbesinnung auf republikanische Tugenden überwunden werden kann.“

Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab – Die Bilanz nach 15 Jahren, LMV 2025

„Thilo Sarrazins Thesen über Migration und deren Folgen lösten 2010 eine beispiellose Debatte aus. Die Wellen der Empörung schlugen hoch. Sarrazin wurde vom politischen Establishment zur *Persona non grata* erklärt. Doch 15 Jahre später zeigt sich: Er hatte recht. Die Kombination aus Geburtenrückgang, falscher Zuwanderung und fallenden Bildungsleistungen hatte sogar noch verheerendere Folgen als von ihm prognostiziert. Doch die politische Elite lehnt weiterhin jedes entschlossene Gegensteuern ab. In dieser Ausgabe hat Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* erstmals ergänzt und kritisch kommentiert. Der Text der Originalausgabe steht weiterhin unverändert für sich, um zu konservieren, was man schon seit Jahren erkennen und vor allem hätte ändern können – wenn man nur gewollt hätte.“⁴⁰

⁴⁰ Siehe auch den Artikel ‚[Sarrazin wurde Opfer einer Hexenjagd. Doch Aschaffenburg und München zeigen: Er hatte recht](#)‘ aus der [NZZ vom 20.02.2025](#).

Stichwortverzeichnis

Abschiebung	5	Grüne (Partei)	2, 3, 4, 7, 10, 11, 12
AfD	3, 4, 6, 7, 8, 9, 17, 18	Gutmenschen.....	5
Ampel (Koalition).....	2, 3, 4, 7, 10, 12, 19, 25	Habeck, Robert	2
Armut.....	15	Hunde	23
Atomausstieg.....	10, 19	Infrastruktur.....	9, 10, 25
Automobilindustrie	1, 6	Inklusion.....	1
chinesische	7	Integration	12
Bildung.....	12, 26	Jugendstrafrecht.....	5
Brandenburg.....	6	Jungsozialisten	18, 20
Brandmauer.....	3, 4, 8	Kapitalismus.....	19
BSW	3, 6	Klimaneutralität	11, 12
Bundestag.....	12	Klimapolitik.....	7, 12
Bundestagswahl	2, 3, 4, 7, 8, 18, 19	Klimaschutz	6
Bürgergeld	9	Koalitionsvertrag.....	13, 19
Bürokratie.....	1, 9, 12, 26	Kohl, Helmut	19
Cancel Culture	17	Landesverteidigung.....	26
CDU.....	2, 3, 4, 12	Lesekompetenz.....	11
CDU/CSU.....	4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 19	Linke (Partei).....	6
China.....	6, 7, 14	Linnemann, Carsten.....	19
CO ₂ -Flottenziele.....	7	Lohnabstandsgebot	1, 9
Deindustrialisierung	11	Made in Germany	14
Demografischer Wandel.....	22	Marktwirtschaft	20
Demokratie	7, 23, 25	Medien.....	4
Dirigismus.....	19	Meinungsfreiheit	8, 20, 25
Diskriminierung	16, 20, 21	Meloni, Giorgia	18
Diversität	1	Merz, Friedrich.....	2, 3, 4, 8, 12, 19
E-Fuels	10	Migranten	4, 12, 15
Einkommensteuer	1	Migration	12, 17, 22, 26
Elektroautos	6, 10, 19	Milliardäre	20
Energiekrise	10	Minderheitsregierung.....	8, 12
Energiepolitik.....	10, 11, 12, 19	Mittelstand	22
Energiewende.....	10	Moralgesellschaft	7
Enteignung.....	20	Musk, Elon	3
EU	4, 7, 15, 22	NATO.....	4, 6
Expertenregierung.....	8	Nettozahler (EU)	15
Fachkräftemangel.....	1, 2, 22	NGOs (Non-Governmental Organizations) ...	19
Faeser, Nancy	17	Österreich	4
Fast Fashion.....	14	Parallelgesellschaften	4
FDP	2, 3, 4, 7	Parteiverbot.....	18
Finanzministerium.....	19	Planwirtschaft.....	20
Frankreich.....	15	Political Correctness	17
Freiheit	20	Politikwende	12, 13
Geburtenrückgang.....	26	Poschardt, Ulf	26
Gefährder, islamistische.....	5	Putin, Wladimir	3, 6
Gendern.....	20	Qualifikation	1, 9, 11
Generation Z.....	13	Qualität	14, 15, 22
Gleichberechtigung	21	Rassismus.....	16
Gleichstellung.....	1	Rechtsstaat	4
Grundgesetz	11, 12	Redefreiheit	17, 20

Rente	9, 19	Taurus-Marschflugkörper	6
Rezession	10	Thatcher, Margaret.....	15
Rubio, Marco	18	Trump, Donald	6, 8, 17
Russland	6	Ukraine-Krieg	6
Sarrazin, Thilo	8, 21, 25, 26	Umverteilung	19
Scholz, Olaf	2, 3, 6	USA	14, 15, 20
Schüler	12	Vance, J.D.....	18
Sinn, Hans-Werner	10, 11	Verbrennerverbot.....	4, 7, 11
Söder, Markus	19	Verfassungsschutz	17, 18
Solarstrom	10	Volksbegriff.....	17
Sondervermögen	22	Wagenknecht, Sahra.....	3
Soziale Medien	13, 16	Wahlrecht	8
Sozialismus	19	Wahlumfragen	12, 17
Sozialleistungen.....	1, 9	Wasserstoff.....	10
Sozialstaat.....	9, 25	Weidel, Alice	3, 15
SPD	2, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 19, 20	Windkraftanlagen	10
Staatsquote	19	Wirtschaftswachstum	21, 22
Staatsschulden	12	Wohlstand.....	25
Steinmeier, Frank-Walter	3	Wohneigentum	15
Steuern	15, 19, 22, 26	Woke-Ideologie.....	16, 17
Strukturreformen	12, 13, 21, 22	Work-Live-Balance	22
Subsidiaritätsprinzip	23	Zero Tolerance	5
Subventionen	7, 10, 19	Zölle	14
Syrer	5	Zuwanderung.....	26